

Thema: Bundeswehr in der Schule



Nicht nur aktuelle Sicherheitspolitik (Feldjäger der Bundeswehr bei einer Gefechtsübung), sondern auch andere Formen von Konfliktbewältigung sollen in den Schulen zu Wort kommen, fordern auch kirchliche Gruppen.

Foto: imago

Wenn die Bundeswehr Schule macht

Ein neues Rahmenabkommen von Bundeswehr und Landesregierungen zur Zusammenarbeit in den Schulen sorgt für Unruhe bei Friedens- und Entwicklungsdiensten sowie bei kirchlichen Gruppierungen und Einrichtungen. Betroffen sind auch Rheinland-Pfalz und das Saarland.

Von Bruno Sonnen

Donnerstag, 25. Februar 2010: Weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit unterzeichnen in Mainz die rheinland-pfälzische Bildungsstaatssekretärin Vera Reiß und der Befehlshaber im Wehrbereich II der Bundeswehr, Generalmajor Gerhard Stelz, eine Kooperationsvereinbarung. Mit dieser Vereinbarung wolle man die bereits bisher „erfolgreiche Zusammenarbeit“ zwischen Landesregierung und Bundeswehr beim Einsatz so genannter Jugendoffiziere auf eine „verbindlichere, ausformulierte Grundlage stellen“, heißt es dazu übereinstimmend bei Landesregierung und Bundeswehr.

Heftige Kritik von Friedensgruppen

Doch das Rahmenabkommen stößt nicht überall auf Wohlwollen. Heftige Kritik kommt vor allem von Friedensgruppen, aber auch von der Arbeitsgemeinschaft der Berater für Kriegsdienstverweigerung (KDV) im Bistum Trier und der Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche

Kommentar

Problematische Schräglage

Auf den ersten Blick vielleicht noch eine feine Sache: Neben den Jugendoffizieren der Bundeswehr kommen auch Berater für Kriegsdienstverweigerung und Vertreter von Friedens- und Entwicklungsinitiativen in die Schulen und stellen ihre Sicht der Dinge dar, wie Friedens- und Sicherheitspolitik aussehen kann und soll, ermuntern Schülerinnen und Schüler dazu, sich mit Fragen von Krieg und Frieden auseinanderzusetzen und befördern im besten Fall auch die persönliche Gewissensentscheidung eines jungen Menschen für oder gegen den Dienst an der Waffe. Gleich

der Pfalz. Es sei eine „Engführung schulischer Bildung, wenn Fragen von Friedenspolitik und Konfliktbearbeitung einer militärpolitischen Deutungshegemonie unterstellt werden“, erklärte beispielsweise der Leiter der Arbeitsstelle, Pfarrer Friedhelm Schneider, in einer ersten Stellungnahme unmittelbar nach Abschluss der Vereinbarung. Statt „Schülern die Brille des Verteidigungsministeriums zu verordnen“, habe die staatliche Bildungsaufsicht die Pflicht, ihnen zur eigenständigen Auseinandersetzung in Fragen von Friedenspolitik und Konfliktbewältigung zu verhelfen, sagte Schneider.

Seit Jahren Beitrag zur politischen Bildung

Worum geht es? Dass die Bundeswehr in die Schule geht, ist nichts Neues. Seit vielen Jahren vermitteln didaktisch-methodisch eigens dafür geschulte Jugendoffiziere sowohl in Rheinland-Pfalz als auch bundesweit im Einvernehmen mit den jeweiligen Kultusministerien zielgruppenorientiert und jugendgerecht sicherheitspolitische Inhalte und leisten so „einen Beitrag zur politi-

schen Bildung“, wie es im offiziellen Jargon dazu heißt. „Wir kooperieren mit den Jugendoffizieren, weil wir sie für gute Partner halten, die sich in unser Konzept von historisch-politischer Bildung und Demokratievermittlung wertvoll einbringen können“, sagt Staatssekretärin Reiß. Mit dem neuen Abkommen werde die Zusammenarbeit weiter ausgebaut.

Jugendoffiziere können jetzt auch Lehrer fortbilden

Ähnlich sind weitere Bundesländer in letzter Zeit verfahren: Neben dem Saarland haben unter anderem auch Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg solche Kooperationsverträge mit der Bundeswehr abgeschlossen. Neu ist dabei vor allem auch die „Möglichkeit der Einbindung der Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren sowie von Lehrkräften“, so die Formulierung in den Kooperationsverträgen.

Die Kritik zielt vor allem in zwei Richtungen. Erstens müsse gleiches Recht für alle gelten: Damit den Erfordernissen von pluraler Meinungsbildung und friedenspädagogischer Orientierung Rechnung getragen werde, müsse die Vereinbarung mit der Bundeswehr durch Kooperationsvereinbarungen mit gesellschaftlichen Institutionen ergänzt werden, die sich der zivilen Konfliktbearbeitung widmeten, erklärt Pfarrer Schneider. Das bedeute: Auch Entwicklungs- und Friedensdienste

müssten in die Schule gehen können und „ihre“ Anliegen und Positionen vertreten dürfen.

Dem steht die Mainzer Landesregierung positiv gegenüber. Man habe bereits einen „kleinen runden Tisch“ mit Vertretern interessierter Organisationen im Ministerium gebildet, erklärt Gernot Stiwitz im Gespräch mit dem „Paulinus“. Dabei gehe es in der Tat um die Frage, wie eine Einbindung von Friedens-, Zivil- und Entwicklungsdiensten in die Schul- und Lehrerbildung aussehen könne, versichert Stiwitz, Referent für Gewaltprävention, Demokratievermittlung und historisch-politische Bildung im Mainzer Bildungsministerium. Man sei ausdrücklich offen für eine solche Zusammenarbeit und habe das auch den Kirchen schon mitgeteilt, sagt Stiwitz. Erste Gespräche habe es bereits gegeben.

Auf gewaltfreien Einsatz für Frieden hinweisen

Das bestätigt Thorsten Klein, Sprecher des Internationalen Christlichen Friedensdienstes „Eirene“ mit Sitz in Neuwied. Seine Organisation habe das Angebot zur Teilnahme am runden Tisch „trotz durchaus grundsätzlicher inhaltlicher Bedenken“ angenommen, sagt Klein. Gerade für eine Organisation, die vor allem auf den Einsatz und die Mitarbeit von Freiwilligen setze, sei es wichtig und geradezu unverzichtbar, in Kontakt mit Schülerinnen und Schülern zu kommen und auf die Möglichkeiten gewaltfreien Einsatzes für Frieden und Gerechtigkeit hinweisen zu können.

Grundsätzliche Bedenken – und das ist der zweite große Kritikstrang an der Kooperation zwischen Bundeswehr und Landesregierungen – hat das Bündnis „Bundeswehr raus aus den Schulen“, ein Zusammenschluss verschiedener Jugend-, Friedens- und Politikgruppen sowie Bildungsorganisationen, der sich in Reaktion auf die neue Entwicklung gebildet hat. Das Bündnis fordert eine Rücknahme der Vereinbarung zwischen rheinland-pfälzischem Ministerium und Bundeswehr vom Februar 2010. „Politische Bildung gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachkräfte und nicht in die von Jugendoffizieren“, meint Jonas Becker, Diözesanleiter der Katholischen Studierenden Jugend (KSJ) im Bistum Trier.

Das Angebot des Bildungsministeriums, auch die Zusammenarbeit mit Kirchen und Anbietern von Zivil-, Friedens- oder Entwicklungsorganisationen weiter zu intensivieren, sei „auf den ersten Blick positiv“, räumt Dr. Gernot Lennert von der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner in Rheinland-Pfalz ein. Doch die Ungleichheit bei den finanziellen, personellen und materiellen Ressourcen zwischen Bundeswehr und zivilgesellschaftlichen Gruppierungen könne auch durch einen Kooperationsvertrag nicht behoben werden, sagt Lennert und erinnert daran, dass die Bundeswehr „mit einem jährlichen Etat von 27 Millionen Euro für die Nachwuchserziehung“ ausgestattet sei.

Ähnlich sieht es der Katholikenrat im Bistum Trier, der sich ebenfalls mit dem Thema beschäftigt hat. „Die Bundeswehr hat im laufenden Unterricht nichts verloren, und schon gar nichts bei der Bildung der Lehrerinnen und Lehrer“, umreißt der Vorsitzende des höchsten Laiengremiums im Bistum, Manfred Thesing, seine Position gegenüber dem „Paulinus“, und: „Das Angebot an Friedensgruppen, ebenfalls mitwirken zu können, verliert ganz schnell seinen Charme, wenn man das finanzielle und personelle Potenzial von Bundeswehr und Friedensgruppen vergleicht.“

Auch andere Auffassungen zu Wort kommen lassen

Äußerst kritisch und „politisch grundsätzlich problematisch“ sehen auch die KDV-Berater im Bistum Trier die Entwicklung, erklärt der Wiesbadener Rechtsanwalt Eberhard Kunz, der zum Sprecherkreis der KDV-Berater im Bistum gehört, gegenüber dem „Paulinus“. „Aus unserer Sicht kann es nicht nur um Sicherheitspolitik und ihre militärischen Implikationen gehen, um ein Werben für mehr Akzeptanz bei jungen Menschen und ihren Lehrerinnen und Lehrern in den Schulen“, haben die Berater gegenüber dem Ministerium deutlich gemacht. Kirchlich beauftragten Beratern für Kriegsdienstverweigerung sei es „ein besonderes Anliegen“, junge Menschen in die Lage zu versetzen, in Fragen von Krieg und Frieden „eine persönlich verantwortete Gewissensentscheidung“ zu treffen. Daher sei es auf der Ebene der politischen Bildung

umso wichtiger, nicht nur die aktuelle Sicherheitspolitik „unter Betonung der militärischen Aspekte“ darzustellen, sondern auch andere Auffassungen von Friedenssicherung und Konfliktbewältigung qualifiziert zu Wort kommen zu lassen, betonen die Berater. Sie fordern daher auch, dass in den Schulen und in der Lehrerbildung diese Positionen in angemessener Weise unter Einbezug von Gruppen und Institutionen wie Kirchen und Friedensorganisationen dargestellt und diskutiert werden. Wichtig wäre dabei in jedem Fall aber eine qualifizierte Vor- und Nacharbeit der Lehrerinnen und Lehrer mit ihrer pädagogischen Erfahrung, betont Kunz.

Der Kooperationsvertrag mit den Jugendoffizieren stelle nur einen Beitrag zur politischen Bildung an den rheinland-pfälzischen Schulen dar, die Türen dazu ständen den KDV-Beratern offen, hat das Ministerium signalisiert und sie eingeladen, sich an den begonnenen Gesprächen zu beteiligen.

Forum

Was meinen Sie? Sollen die Bundeswehr und andere Gruppierungen, die sich mit Fragen von Krieg und Frieden beschäftigen, in die Schulen dürfen und „ihre“ Sicht der Dinge darstellen? Oder sollte das den Lehrerinnen und Lehrern im Rahmen des „normalen“ Unterrichts überlassen bleiben? Schreiben Sie uns und beteiligen Sie sich an der Debatte! Gerne veröffentlichen wir Ihre Wortmeldung im Rahmen unserer Möglichkeiten auch als Leserbrief.

Info

Weitere Informationen zum Thema:
 ► Soziale Lerndienste im Bistum Trier, Peter Nilles, Telefon (06 51) 99 37 96-3 06, www.soziale.lerndienste.de;
 ► Arbeitsgemeinschaft Frieden Trier, Markus Pflüger, (06 51) 9 94 10 17, www.agf.trier.de;
 ► Arbeitsstelle Frieden und Umwelt der Evangelischen Kirche der Pfalz, Friedhelm Schneider, Telefon (0 62 32) 6 71 50, www.frieden-umwelt-pfalz.de;
 ► Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur, Gernot Stiwitz, Telefon (0 61 31) 16 41 85, www.rlp.de.

Bruno Sonnen